

Fernsprecher Nr. 22.
 Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tag für Tag vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf.
 Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends: „Ankündigtes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht, das Königl. Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Vegler & Jener Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Zantenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haafenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Tel.-Adr.: Elbzeitung-
 Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltenen Zeilen oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.
 „Eingefandt“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.
 Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.
 Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Nr. 146. Schandau, Donnerstag, den 5. Dezember 1912. **56. Jahrgang.**

Der Waffenstillstand und die Krisis im Balkanbund.

Bis zum Dienstag, hieß es in allen Konstantinopeler Meldungen zu Anfang dieser Woche, sei die Unterzeichnung des Abkommens über den Waffenstillstand verschoben worden, aus Gründen, die nicht ganz durchsichtig sind. In der Tat wird auch von bulgarischer Seite bestätigt, daß die Stunde der Entscheidung nunmehr gekommen ist.

Sofia, 3. Dezember. Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen versichert wird, muß in der letzten Sitzung in Tschataldtscha am heutigen Nachmittag 4 Uhr die Entscheidung über den Waffenstillstand und Fortführung des Krieges fallen.

London, 3. Dezember. Hier ist aus Konstantinopel die Meldung eingetroffen, daß der Waffenstillstand unterzeichnet sei.

Noch im letzten Augenblick hat sich die Lage für die Türkei wesentlich gebessert. Zwischen den Verbündeten, namentlich zwischen Bulgaren und Griechen, ist es zu einem Konflikt gekommen, der sich im wesentlichen um die Zukunft Salonikis dreht. Bulgarien hat nicht abel Lust, möglichst schnell Frieden mit der Türkei zu schließen, ohne aus Griechenlands Sonderwünsche Rücksicht zu nehmen. Höchstwahrscheinlich werden die Türken ihre Bedingungen dementsprechend umgestalten, so daß allerlei Ueberraschungen nicht ausgeschlossen erscheinen.

Der „Agence Havas“ wird aus Saloniki gemeldet: Die Meldung, daß die serbische Armee, einem serbisch-bulgarischen Abkommen entsprechend, Monastir geräumt und den Bulgaren übergeben habe, rief in den griechischen Kreisen großen Eindruck hervor. Der Kronprinz sei nach Saloniki gekommen, um diese Angelegenheit mit dem König Georg zu besprechen.

Die „Südslowakische Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Die maßgebenden Kreise sind über die tatsächlich ausgebrochenen ersten Differenzen unter den Verbündeten peinlich berührt. Man erklärt offiziell, daß es sich nur um vorübergehende Stimmungen handle, durch die die bestehende Balkanliga keineswegs gefährdet sei, und es ist auch unzweifelhaft, daß die bulgarische Regierung den Wünschen der Alliierten nach Möglichkeit Rechnung tragen wird, um die Anbahnung von Separatverhandlungen mit der Türkei zu verhindern, was gleichbedeutend mit dem Verfall des Balkanbundes wäre. Man verhehlt sich aber nicht, daß die Beziehungen zwischen Sofia und Athen sich sehr gespannt gestalten und ein Austritt Griechenlands aus dem Balkanbunde in kürzerer Frist nicht ganz ausgeschlossen wäre. In dieser Hinsicht sind auch die Kundgebungen Sofiaer Blätter einzuschätzen, die Rumänien zu einem Eintritt in den Balkanbund auffordern, womit ein Erfolg für Griechenland gegeben wäre. Es ist auch die Version zu verzeichnen, daß bei einem etwaigen Ausscheiden Montenegros ein Balkandreibund Rumänien, Serbien, Bulgarien möglich sei.

Athen, 2. Dezember. Nach amtlicher Feststellung wurden in Saloniki 25 000 türkische Soldaten und 1000 Offiziere zu Gefangenen gemacht. Es wurden 70 Kanonen, 30 Maschinengewehre, 1200 Pferde, 800 Lasttiere und 75 000 Bewehre erbeutet.

Sofia, 3. Dezember. Der im Hauptquartier von Kirkkilisse eingetroffene bulgarische Finanzminister hat eine Denkschrift ausgearbeitet, wonach die Verbündeten von der Türkei eine Kriegsentanschädigung von 1 Milliarde 200 Millionen Franks verlangen wollen.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet aus Belgrad: Die serbische Regierung bestche nicht mehr darauf, den Hafen von Durazzo zu erhalten. Sie würde sich mit einem nördlich gelegenen Hafen begnügen und als Südgrenze eine vom Kap Rodoni an der albanischen Küste nach Dibra gehende Linie annehmen. Der Grund für diese nachgiebige Haltung Serbiens sei entweder in dem Widerstande zu suchen, den die Türkei den Verbündeten an der Tschataldtscha-Linie entgegensetze, oder darin, daß Serbien, das vollständig von Truppen entblößt sei, die Erregung Oesterreich-Ungarns beschwichtigen wolle; vielleicht aber auch in der Tatsache, daß die Großmächte keineswegs geneigt seien, alle Forderungen Serbiens zu bewilligen.

Die **Unabhängigkeit Albanens.** Nachdem in Durazzo die albanische Nationalflagge gehißt, in den

großen Städten Albanens die Autonomie erklärt worden ist, und in Durazzo die türkischen Beamten das neue Regime anerkennen oder die Stadt verlassen, hat die türkische Regierung tatsächlich dort zu bestehen aufgehört. Wenn auch im gegenwärtigen Stadium von einer formellen Anerkennung der albanischen Unabhängigkeit durch die Großmächte noch nicht die Rede sein kann, ihr vor allen Dingen der Frieden auf dem Balkan vorausgehen müßte, so liegt doch bereits in der immer wieder von den sechs Großmächten bekundeten Stellungnahme eine volle Anerkennung der Selbständigkeitsbestrebungen des albanischen Volkes. Es ist daher anzunehmen, daß Albanien von dieser Seite keine Schwierigkeiten für seine Autonomie mehr zu erwarten hat.

Politische Tagesübersicht.

† Der Kaiser und die Kaiserin sind am Dienstag vormittag von ihrem jüngsten Aufenthalte in Süddeutschland wieder nach dem neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt. Die Majestäten waren in Baden-Baden anlässlich ihres Geburtstagsbesuches bei der Großherzogin Witwe Luise von Baden zusammengetroffen und hatten dann die weitere Heimreise nach Potsdam vereint zurückgelegt.

* Prinz Heinrich von Preußen ist zu einem privaten Besuche in London eingetroffen.

* Prinzessin Olga Elisabeth von Sachsen-Altenburg, Herzogin zu Sachsen, hat sich mit Karl Friedrich Grafen von Bückler, preußischem Leutnant im Leibkürassierregiment Großer Kurfürst (Schlesisches) Nr. 1 verlobt. Der Herzog hat zu diesem Verlöbniß seine Genehmigung erteilt. Die am 17. April 1886 zu Schloß Albrechtsberg bei Dresden geborene Prinzessin ist die älteste von den beiden Töchtern erster Ehe des 1902 verstorbenen Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg.

* Der Kronprinz von Rumänien ist in Berlin eingetroffen und vom Kaiser empfangen worden.

* Der Dreibund ist, wie aus Reichstagskreisen verlautet, erneuert worden.

Ein deutsch-englischer Freundschaftsvertrag ist, nach einer angeblich zuverlässigen Meldung aus London, dieser Tage abgeschlossen worden.

† Die am Montag im Reichstage begonnene erste Beratung des Etats wurde durch die schon erwartete Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg über die auswärtige Politik, und zwar hauptsächlich über die Balkanfrage, eingeleitet. Der Kanzler hob hervor, daß die Bemühungen der Großmächte, den Ausbruch des jüngsten Balkankrieges zu verhindern oder möglichst lange hinauszuschieben, umsonst geblieben seien, und daß sie darum auf seine Lokalisierung hingearbeitet hätten, was bis jetzt gelungen sei. Herr v. Bethmann Hollweg wies weiter darauf hin, daß Deutschland von den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel allerdings nicht unmittelbar berührt werde, daß es aber dort doch recht erhebliche wirtschaftliche Interessen zu wahren und außerdem bei der Regelung mancher Fragen sein Wort zu Gunsten seiner Verbündeten in die Waagschale zu legen habe. Er teilte dann mit, daß ein Erfolg verheißender Gedankenaustrausch zwischen den Großmächten über die definitive Neuregelung der Balkanangelegenheiten im Gange sei und betonte in seinen ferneren Ausführungen, daß Deutschland, falls seine Verbündeten in Geltendmachung ihrer Orientinteressen von dritter Seite angegriffen werden sollten, alsdann entschlossen an ihre Seite treten würde, zur Wahrung seiner eigenen Stellung in Europa. Hierauf kennzeichnete der Kanzler die Ziele und Grenzen der deutschen Balkanpolitik, pries deren Haltung im italienisch-türkischen Kriege als erfolgreich und versicherte, Deutschlands Streben werde auch ferner dahin gehen, die Türkei als wichtigen wirtschaftlichen und politischen Faktor zu erhalten. Energisch wies er die hier und da in der Presse getauchte Meinung, als ob einzelne der Mächte Landerwerb auf Kosten der Türkei erstrebten, als unbegründet zurück; er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf eine allseitige befriedigende Einigung zwischen den Großmächten betreffs der Balkanfrage. Der erste Redner aus dem Hause war der Sozialdemokrat Ledebour, er übte eine abfällige Kritik an den Darlegungen des Reichskanzlers über die Balkanfrage und weiter an der gesamten Orientpolitik der deutschen Regierung aus. Im weiteren erwähnte er die deutsche Regierung namentlich, ein besseres Einvernehmen mit England herbeizuführen. Dieser Passus in den Ausführungen des sozialistischen

Redners veranlaßte den Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter zur Abgabe der bedeutsamen Erklärung, daß gegenwärtig die Beziehungen zwischen Deutschland und England geradezu intime seien, welche Intimität auch einer Verständigung unter den Mächten Dienste geleistet habe. Es sprachen im ferneren Verlaufe der Montagssitzung des Reichstages noch die Abgeordneten Spahn (Zentr.), Bassermann (nat.-lib.), Graf Kanitz (kons.) und Schulz-Bromberg (Reichsp.); sie verpflichteten sämtlich den Darlegungen des Reichskanzlers über die Balkanfrage bei. Am Dienstag erledigte der Reichstag zunächst wieder kleine Anfragen und setzte hierauf die allgemeine Etatsdebatte fort.

* **Auswärtige Stimmen zur Kanzlerrede.** Die Wiener Blätter begrüßen die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers auf das freudigste. — Die gesamte Pariser Presse erörtert die Rede des deutschen Reichskanzlers. „Eoement“ schreibt: „Die Worte des Reichskanzlers sind offenkundig der beste Beweis dafür, daß Deutschland gleich Frankreich die friedlichsten Absichten hat“. — Es ist nicht leicht, die gestrigen Darlegungen des deutschen Reichskanzlers in der Londoner Presse einzuschätzen. Die meisten Blätter geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Rede keinerlei aggressiver Charakter beizumessen und daß man die energischen Worte des Kanzlers in dem gegebenen Sinne zu beurteilen hat.

† Die Zweite sächsische Kammer beriet am Montag den Entwurf des Bezirksverbandsgesetzes in zweiter Lesung und lehnte ihn in der Schlußabstimmung mit 38 gegen 24 Stimmen ab.

* **Aus dem Landtage.** Gestern abend kam die Zweite Kammer zur endgültigen Erledigung des Volksschulgesetzes zur Abstimmung. Der Antrag Lange, wonach Gemeinden, die mehr als 25 Prozent ihres Steuerfolls für Schulaufgaben aufwenden, den darüber hinausgehenden Aufwand vom Staate erhalten sollen, rief schließlich noch den Finanzminister v. Seydewitz auf den Plan, der ziffermäßig nachwies, daß ein Eingehen auf diesen Antrag einer Erhöhung der staatlichen Einkommensteuer um 58 Prozent gleichkäme. Mehr Beifall fanden die Anträge auf statische Erhebungen über die Besoldung der Stadt- und Landlehrer, während ein Antrag Dr. Mangler, vaterländische Erziehung der Fortbildungsschüler betreffend, von den Nationalliberalen abgelehnt wurde. Die Abstimmung über das ganze Gesetz ergab seine Annahme mit 61 gegen 28 konservative Stimmen.

* Der Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird im Reichstage erst im Januar auf die Tagesordnung des ersten Schwerinstages gesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit wird der Reichskanzler sich über die Beratungen des Bundesrats in der Jesuitenfrage eingehend äußern.

† Zwischen der preussischen Regierung und dem Fürstbischof Dr. Kopp von Breslau soll eine ernste Verstimmung wegen der Haltung des letzteren bei der Wahl des neuen Erzbischofs von Köln entstanden sein. Im Zusammenhang hiermit gehen auch die Gerüchte, daß Herr v. Bethmann Hollweg einem Zentrumsabgeordneten gegenüber die Aufhebung der preussischen Gesandtschaft als möglich bezeichnet habe.

* Die Ministergehälter im Deutschen Reiche sind sehr verschieden. Das höchste Gehalt bezieht mit 100 000 Mk. jährlich der Reichskanzler, doch teilen sich in die Summe das Reich und Preußen. Die Reichsstaatssekretäre erhalten mit 50 000 Mk. rund 14 000 Mk. mehr als die preussischen Minister, die besser gestellt sind, als ihre übrigen Kollegen im Reiche. Eine Ausnahme macht nur der bayerische Ministerpräsident Fehr. v. Hertling, der 40 000 Mk. bezieht, dagegen erhält der sächsische Ministerpräsident v. Hausen, der auch zugleich Kriegsminister ist, als Gehalt nicht mehr wie seine Kollegen, nämlich 26 000 Mk., dazu tritt allerdings noch eine besondere Repräsentationsentschädigung. In Württemberg beträgt das Ministergehalt 21 000 Mk., in Baden 18 000 Mk., in Sachsen-Weimar 17 000 bzw. 13 000 Mk. In Hessen bezieht der Ministerpräsident 24 000 Mk., die Minister erhalten 14 000 Mk. In allen übrigen Staaten sind die Ministergehälter entsprechend niedriger. Die Bürgermeister großer Städte werden vielfach besser bezahlt als manche Minister, garnicht zu reden von den Direktoren und Aufsichtsräten der großen Banken und industriellen Werke.

* Der Veteranenfonds ist im Reichsetat für 1913 von 29 auf 31 Millionen Mark erhöht worden. Diese Erhöhung ist infolge der voranzuhenden Steigerung der

insbe-
schlag
ter den
durch
tügen
gering
haben
alten,
müssen.
ich und
ändnis
geben.
Rendesh-
pen,
e findet
A. C.,
of stat.
and.
nde".
hinte.
chreit
ffentlich.
sychel.
eln,
bittigt
en.
blännem
Zudreis,
billige
emp-
gründ-
kombi-
n. [af.
kräftige
original-
1,25].
ren der
Spezial-
Dose 60
on Lau-
Kaiser.
4
Ein-
Rh.